

**Punkt 6.1 der Tagesordnung  
A-O/0015/2016**

**Neuen Stadtteilrahmenplan für die Stadt-  
teile Gelmer, Mariendorf, Sudmühle und  
Handorf erstellen**

Herr Balsliemke begründete den Antrag.

Herr Sellerberg schlug vor, den Antrag um einen zusätzlichen Spiegelstrich „Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes unter besonderer Berücksichtigung des Klimaschutzes“ zu ergänzen.

Herr Basliemke stellte daraufhin den Antrag in der folgenden ergänzten Fassung:

„Die Verwaltung wird gebeten, für die Stadtteile Gelmer, Mariendorf, Sudmühle und Handorf einen Stadtteilrahmenplan zu erstellen.

Vergleichbar mit dem sehr guten Stadtteilrahmenplan, der Anfang 2006 angeregt und im Juni 2009 veröffentlicht wurde, sollen folgende Themen für die genannten Stadtteile Berücksichtigung finden:

- Entwicklungsmöglichkeiten nach Inbetriebnahme der B481N,
- sich daraus ergebende straßenverkehrliche Veränderungsempfehlungen,
- Ausweisung von neuen, auch kleinräumigen Wohngebieten verbunden mit Optionen zum Wohnen im Alter im Heimatbezirk,
- Bewertung der Zukunft der Bahnübergänge in Mariendorf und Sudmühle,
- Chancen für Erweiterungen bzw. neue Flächen für Industrieansiedlung,
- Erarbeitung eines neuen räumlichen Entwicklungskonzeptes hinsichtlich Handel und Gewerbe,
- Chancen für die Optimierung von Sport-/ und Freizeitaktivitäten mit besonderer Berücksichtigung von Kinder-/ und Jugendangeboten,
- weitere Stärkung der positiven Qualitäten in den Ortsteilen auch bezogen auf Schaffung neuer Kultur-/ und Touristikangebote
- Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes unter besonderer Berücksichtigung des Klimaschutzes

Vorgehensweise:

Wie beim letzten Stadtteilrahmenplan soll das Ergebnis durch eine Mischung aus Befragungen von Gewerbetreibenden, Kaufleuten, Vereinsvorständen, Vertretern der Kirchen, Elternvertreter von Kindergärten und Schulen ein Fundament für die Arbeit der Verwaltung sein.

Die BV-Ost wünscht sich einen engen Kontakt zu den Sachbearbeitern in dieser Sache im Amt für Stadtplanung und -entwicklung. Sie erwartet 2 x jährlich eine mündliche Berichterstattung und einen Dialog zum Stand der Ausarbeitung und bittet um Aktionshinweise.“

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig den Antrag in der geänderten Fassung.